

## **Für eine menschenwürdige Aufnahme und Integration von Geflüchteten**

### **Positionspapier des ASB NRW e.V. zur Flüchtlingshilfe**

Schon aus der Historie des Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) heraus ist es uns ein ausdrückliches Anliegen, Menschen in besonderen Notlagen, ohne Ansehen der politischen, ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit, zu unterstützen. Auch vor diesem Hintergrund sehen wir die Aufnahme von Flüchtlingen als eine humanitäre Pflicht Deutschlands und Europas an. Flüchtlinge sind Menschen mit mannigfaltigen Potenzialen, die ein Anrecht auf ein Leben ohne Angst und existenzielle Armut haben und Deutschland bereichern können.

Der ASB in Nordrhein-Westfalen ist auf vielfältige Weise in der Flüchtlingshilfe engagiert. Er trägt zusammen mit anderen Hilfsorganisationen maßgeblich dazu bei, dass in Nordrhein-Westfalen ankommende Geflüchtete würdig untergebracht, betreut und versorgt werden. Dabei greift er auf Hunderte von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kräften zurück. Darüber hinaus können sich die Kommunen landesweit, im Einklang mit dem Feuerschutzhilfegesetz, bei der Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen auf die 18 Katastrophenschutzeinheiten des ASB verlassen. Der ASB ist des Weiteren in der Verfahrensberatung für Flüchtlinge aktiv, stellt Räumlichkeiten für Deutschkurse zur Verfügung, veranstaltet Erste-Hilfe-Kurse für Flüchtlinge, betreut Flüchtlingskinder aktiv und engagiert sich bedarfsorientiert, wo immer eine helfende Hand gefordert ist. Auch im Ausland leistet der ASB im großen Umfang flüchtlingspezifische Hilfe durch Hilfsgüterverteilungen, Hygieneschulungen, Trinkwasseraufbereitung und medizinische Versorgung, u.a. im Nordirak, und bekämpft damit Fluchtursachen vor Ort. Auch hier gilt es, zukünftig Aktivitäten zu verstärken.

Der ASB in NRW ist bereit, sein Engagement in der Betreuung von Geflüchteten in NRW auszubauen. Unter anderem mit den bisherigen Erfahrungen beim Betreiben von Flüchtlingsunterkünften, der langjährigen Expertise im Katastrophenschutz und dem menschenorientierten Grundverständnis ist der ASB für die verantwortungsvolle Aufgabe sehr gut gerüstet. Neben der viel beschriebenen Willkommenskultur gilt es auch eine Integrationskultur zu schaffen. Denn dies ist die eigentliche langfristige Aufgabe und Herausforderung für unsere Gesellschaft.

### **Der Mensch im Vordergrund**

- Der ASB hilft Geflüchteten, egal welcher Herkunft und ohne Ansehen des Fluchtgrundes. Jeder Mensch mit Fluchthintergrund hat im Sinne einer humanitären Gesellschaft ein Recht auf eine menschenwürdige Behandlung und einen respektvollen Umgang – unabhängig davon warum er flieht.

- Der ASB steht ein für eine vielfältige Gesellschaft und wendet sich explizit gegen alle fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen.
- Den Vorschlag, weitere Länder als sichere Herkunftsstaaten zu deklarieren, sehen wir nicht als zielführend zur Lösung der derzeitigen Herausforderungen an.
- Geflüchtete sind eigenständige, selbstverantwortliche Menschen. Daher sprechen wir uns unter anderem gegen die Substitution von Taschengeld durch Sachleistungen aus.
- Die Geflüchteten haben ein Recht auf ein rechtsstaatliches Anerkennungsverfahren. Das bestehende Asylverfahren in Deutschland muss deutlich beschleunigt werden. Es muss darauf ausgelegt sein, die Integration von Geflüchteten zu ermöglichen und nicht zu verhindern.

### **Die Aufnahmekultur**

- Die menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in NRW muss selbstverständlich sein. Wir sprechen uns gegen eine Unterbringung in Zelten aus. Auf Grund von Wetterlagen, hygienischen Zuständen und der mangelnden Privatsphäre sehen wir diese nicht als erstrebenswert an. Gerade in Bezug auf langfristig zu betreibende Einrichtungen sollte bei den Liegenschaften auf eine menschenwürdige Unterbringung geachtet werden. Dies beinhaltet eine möglichst hohe Privatsphäre, geringe Lärmbelästigung, Wetterfestigkeit und Brandschutz. Zudem sind Räume für Betreuungsangebote zur Strukturierung der Tagesabläufe, wie u.a. zur Einrichtung eines Frauencafés, für Sprachunterricht und zur Einrichtung einer Kleiderkammer dringend erforderlich.
- Die derzeitige Schaffung provisorischer Unterbringungsmöglichkeiten in Zeltstädten und in überfüllten Hallen mit mehreren hundert Menschen darf nur kurzfristig erfolgen, um akute Obdachlosigkeit zu vermeiden. Der Aufbau der Provisorien und der durch die Kurzfristigkeit immer wieder notwendigen Transfers binden zu viele personelle und finanzielle Ressourcen und ist somit ineffizient. Eine Schaffung von langfristigen Aufnahmeeinrichtungen mit entsprechenden Standards sehen wir daher als notwendig an.
- Der ASB in NRW plädiert trotz der anhaltend angespannten Lage für eine schnellstmögliche Zuweisung der Geflüchteten in die Kommunen, um eine Integration zu ermöglichen.

- Die Alarmierung von Katastrophenschutzeinheiten im Rahmen des FSHG für eine Betreuung darf nur im Sinne der gesetzlichen Grundlagen geschehen und nicht zum Stopfen kommunaler Versorgungsgpässe missbraucht werden.
- Zur Sicherung der Qualität der Betreuung und zum Schutz unserer Ehrenamtlichen, halten wir einen Übergang von ehrenamtlichen zu hauptamtlichen Strukturen für notwendig. Eine professionelle Freiwilligenkoordination zur Einbindung, Begleitung und Schulung Ehrenamtlicher ist ebenfalls notwendig.
- Die oftmals fehlenden oder widersprüchlichen Informationen über die Dauer der Einrichtungsbetriebung und die oftmals sehr kurzen Laufzeiten stellen bei der Einstellung von dringend benötigtem, qualifiziertem Personal eine große Hürde dar. Es ist zwingend erforderlich eine längere Laufzeit in den Einrichtungen vertraglich zu vereinbaren, um qualifiziertes Personal einstellen und einen strukturierten Ablauf in den Einrichtungen gewährleisten zu können.
- Die Kommunen müssen besser auf die Situation vorbereitet werden. Die Kommunikation des Landes mit den Kommunen muss optimiert werden, dies beinhaltet u.a. die Schaffung von Meldekettens und Strukturen. Informationen über Zuständigkeiten, Abläufe und Ansprechpartner in der Flüchtlingsbetreuung müssen an die Kommunen zuverlässig weitergegeben werden, damit im Bedarfsfall strukturiert gehandelt werden kann.
- Die Nutzung bestehender Kapazitäten in Notunterkünften, Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinheiten muss optimiert werden.
- Eine flächendeckende medizinische Erstaugenscheinnahme und Erstuntersuchung der Geflüchteten ist notwendig um krankheitsbedingte Schließungen von bestehenden Einrichtungen zu verhindern. Auch aus humanitären Gründen sehen wir dies als unerlässlich an. Es ist unverantwortlich, andere Geflüchtete zu gefährden.
- Ausreichende Notkapazitäten müssen geschaffen werden, die im Falle der Überbelegung oder bei krankheitsbedingter Schließung von Einrichtungen genutzt werden können.
- Die Aufnahme von Kranken, teilweise mit ansteckenden Krankheiten, Hochschwangeren oder Schwerstbehinderten in großen Hallen, auch nachts, stellt zudem in der Praxis eine große Herausforderung dar. Diese Personen benötigen eine individuelle, auf deren Bedürfnisse abgestimmte Behandlung, die am Besten in den entsprechenden Einrichtungen und Krankenhäusern gewährleistet ist.

- Die unnötige Trennung von Familien und Verteilung auf verschiedene Unterkünfte ohne ersichtlichen Grund muss vermieden werden. Dies schürt Angst und Unsicherheit bei den Gästen.
- Der ASB in NRW setzt sich für ein verbessertes Informationssystem zu Gunsten der Flüchtlinge ein, das die Unsicherheiten über Ihren Aufenthalt und das laufende Asylverfahren bei den Betroffenen minimiert.
- Der ASB lehnt die Ausschreibung von Betreuungsleistungen grundsätzlich ab. Diese sollte nach Möglichkeit und unter Nutzung aller rechtlichen und gesetzgeberischen Möglichkeiten vermieden werden. Wir sehen die Gefahr, dass dabei die Betreuung von notleidenden Menschen unter rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wird. Gerade in Anbetracht der derzeitigen Herausforderungen sehen wir zudem die Ausschreibung als unnötigen Mehraufwand an, der zusätzliche Unsicherheiten und organisatorischen Aufwand schafft. Die Vielfalt der Betreuungsverbände hat sich bisher bewährt und die Kooperation untereinander ist hervorragend. Die Strukturen in den schon bestehenden Einrichtungen, die Kooperation mit den lokalen Behörden, den Ehrenamtlichen und der lokalen Bevölkerung haben sich etabliert.

### **Die Integrationskultur**

- Wir möchten auf die hohe Bedeutung der Integration der Geflüchteten hinweisen. Viele Menschen mit Fluchthintergrund werden in Deutschland bleiben. Die Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe die auch in der derzeitigen dynamischen Situation im Fokus bleiben muss. Je eher Angebote geschaffen werden die eine Integration ermöglichen, desto weniger Herausforderungen werden sich in Zukunft ergeben.
- Den Zugang zu Deutsch-, Alphabetisierungs- und Integrationskursen für alle Geflüchteten von Anfang an sehen wir als erforderlich an. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Eine Investition in diesem Bereich wird sich langfristig auszahlen. Auch für Geduldete mit Bleibeperspektive fordern wir entsprechende Kurse. Der Status von Geduldeten, die diesen oftmals über Jahre haben, ist psychisch enorm belastend für die Betroffenen und auch für die gesellschaftliche Teilhabe fatal.
- Gerade Kinder mit Fluchthintergrund müssen auf die Teilnahme am Regelunterricht in den Schulen durch Deutschkurse und sozialpädagogische Begleitung vorbereitet werden. Ohne in diesen Bereich zu investieren, werden die Kinder mit Fluchthintergrund dem Unterricht nicht folgen können.

- Zudem ist ein frühestmöglicher Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Wir plädieren dafür, den Geflüchteten schon nach 3 Monaten Aufenthalt einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, den Zugang zu Ausbildung und das Anerkennen von schon bestehenden Ausbildungen zu erleichtern.
- Der soziale Wohnungsbau muss deutlich erhöht werden, ohne eine Schaffung von „Gettos“ anzustreben.
- Ein unbürokratischer Zugang für Geflüchtete zu gesundheitlicher Versorgung muss bundesweit gewährleistet sein.
- Für die mannigfaltigen Aufgaben im Bereich der Flüchtlingshilfe ist eine deutliche Aufstockung der finanziellen Hilfen für Länder und Kommunen unerlässlich.

### **Die Europäische Verantwortung**

Der ASB unterstützt zudem die Forderungen von SOLIDAR, einem europäischen Netzwerk von Nichtregierungs- und Gewerkschaftsorganisationen, nach einem größeren Einsatz der EU zur Rettung der Flüchtlinge im Mittelmeer. Konkret fordert SOLIDAR, bei dem der ASB Mitglied ist, dass folgende Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge umgehend umgesetzt werden:

- Es müssen offene humanitäre Korridore für Menschen eingerichtet werden, die aus Kampf- und Konfliktgebieten oder Regionen, in denen sie zu verhungern drohen, fliehen.
- Eine angemessene, finanziell gut ausgestattete Seenotrettung, an der sich alle EU-Mitgliedstaaten beteiligen, soll schnellstmöglich beginnen.
- Die legalen Möglichkeiten für Migranten und Flüchtlinge müssen erleichtert werden. In Ländern, aus denen viele Asylsuchende in Europa aufgenommen werden, könnten beispielweise Botschaften von EU-Staaten Visa-Ausgabestellen einrichten.
- Projekte zur Beendigung von bewaffneten Konflikten und zur Stärkung von Entwicklung, menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie zur Verbesserung der soziokulturellen Lebensgrundlagen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge sollen umgesetzt werden. Auch in Transitländern ist die Genfer Konvention zu beachten.
- Die Möglichkeiten, Flüchtlinge auch in anderen Staaten als den Ankunftsändern aufzunehmen, sollen verbessert und die Anstrengungen zur Integration der Flüchtlinge vergrößert werden.
- Es ist sicherzustellen, dass die Mitgliedsstaaten die fundamentalen Menschenrechte der Flüchtlinge einhalten, insbesondere was ihren Zugang zu Gesundheitssystemen und sozialer Grundversorgung betrifft.